

Peter Marquard

Einfluss der Medien auf die Aufarbeitung von Einzelfällen durch die Öffentliche Jugendhilfe

Redaktioneller Hinweis zum Inhalt:

Die Berichte in den Medien über aufsehenerregende Ereignisse in der Jugendhilfe sind unvollkommen. Was kann man in der Jugendhilfe tun, um das zu ihren Gunsten zu ändern?

Les reportages dans les médias sont imparfaits sur des événements sensationnels d'aide sociale en faveur de l'enfance et de la jeunesse. Qu'on peut faire pour cela changer à leur faveur?

The reports in the media about sensational events in youth welfare services is imperfect. What can you do to change that for their favor?

Die 73. Jahrestagung 2013 der Gilde Soziale Arbeit „Soziale Arbeit und Medien“ hat zwei Aspekte im Blick:

- a) Die Nutzung von neuen Medien, elektronischen Kommunikationstechniken als Werkzeuge, durch Soziale Arbeit und
- b) den Einfluss der Medien auf Soziale Arbeit.

I. Vorbemerkung

Ich benenne hier einige Aspekte zum Einfluss eher klassischer Medien wie Zeitung, Fernsehen und Rundfunk auf die Fallarbeit im Jugendamt, konkret im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) als einer Abteilung der Jugendämter. Damit geht es natürlich auch um die Wahrnehmung und Außendarstellung „des Jugendamtes“ in der Öffentlichkeit. Aus meiner beruflichen Erfahrung heraus, in den letzten Jahren als Jugendamtsleiter in Bremen und nun seit Juni 2012 im Bezirk Hamburg-Mitte, ergeben sich meine Überlegungen wesentlich aus den beiden dramatischen Todesfällen „Kevin“ und „Chantal“ sowie zwei weiteren großformatig öffentlich inszenierten Einzelfällen von Pflegekindern in Hamburg. Ohne Anspruch auf eine wissen-

schaftliche Expertise reflektiere ich eigene Erfahrungen und deren Kommunikation mit Kolleginnen und Kollegen.

- Der Boulevard liebt die Schlagzeile – und nicht die komplexe soziale Realität.
- Der Politiker fokussiert angeblich die Aufklärung. Er fordert Rechenschaft von den Fachkräften und zielt auf den politischen Gegner.
- Betroffene richten sich ein und suchen ihren Nutzen über die Berichterstattung.
- Die Fachkräfte wanken zwischen Angst und Wut, Verantwortung und Überforderung, Fachlichkeit und Hilflosigkeit.

Die Hoffnung liegt im Erlahmen des blinden Aktionismus zugunsten einer differenzierten Wahrnehmung von notwendigem Handeln in dauernd gegebener Unsicherheit; und die Hoffnung liegt in der Haltung und dem Engagement der Fachkräfte zugunsten einer ständigen Weiterentwicklung ihrer reflexiven Professionalität.

II. Hinweise zur Medienpräsenz von Jugendamtsarbeit

Die öffentliche Berichterstattung über Einzelfälle bezieht sich zumeist auf deren Dra-

matik und basiert auf einem Bild vom Jugendamt, das entweder nichts tut bzw. viel zu spät eingreift oder aber einer Familie ein Kind wegnimmt. Diese Polarisierung resultiert oft aus den Beschwerden betroffener Eltern oder aus den Pressemeldungen von Polizei und Justiz. Ohne Recherche zu den fachlichen Strategien und realen Handlungsoptionen des Jugendamtes wird unmittelbar dessen Unfähigkeit angeprangert, weil ja offensichtlich dieser staatlich zuständige Dienst die soziale Katastrophe im Einzelfall mal wieder nicht verhindern konnte. Manchmal gelingt es über regelmäßige und feste Kontakte zu Journalisten, die Medienaufmerksamkeit zu bestimmten Einzelfällen für eine differenziertere Darstellung des Sachverhalts und die Arbeit des Jugendamtes insgesamt zu nutzen. Im Zusammenhang mit der breiten Nutzung des Internets und einer vielgestaltigen, technisch gestützten Kommunikation muss die Verknüpfung von Sachverhalten über Links und Foren jeglicher Art zunehmend mit einbezogen werden. So gibt es Homepages und Kleinanzeigen – zumeist zum Versagen von Jugendämtern. In Anlehnung an Sonja Enders benenne ich fünf Thesen:

- Das Jugendamt kann nicht „nicht öffentlich sein“, es kommuniziert immer auf irgend eine Art und Weise und wird insofern be- und verurteilt.
- Kritische Ereignisse werden wiederholt regelmäßig überregional, dramatisch und mit hoher Medienaufmerksamkeit von den Medien aufgegriffen.
- Veränderungen und Verbesserungen der fachlichen Arbeit, neue Konzepte zum Kinderschutz werden in der Regel von politischer Seite öffentlich dargestellt.
- Aufgaben und Arbeitsweise des Jugendamtes sind für die allgemeine Öffentlichkeit oft nicht durchschaubar. Das Versagen im Einzelfall erscheint offensichtlich, das umfassende Engagement des Jugendamtes für Familien und Kinder wird kaum als eigenständiges Arbeitsfeld des Jugendamtes wahrgenommen.
- Im Unterschied zu anderen Institutionen

wie Polizei, Feuerwehr oder Krankenhaus soll das Jugendamt als „Schuldiger“ auch dazu dienen, tragische Einzelschicksale gesellschaftlich verarbeiten zu können.

Wollen wir als Jugendamt in den Dialog mit der Bevölkerung, der Öffentlichkeit und den Medien gehen bzw. einen solchen verstärken, müssen wir uns differenziert damit auseinandersetzen, was diese über das Jugendamt wissen, denken und immer wieder erfahren.

(Vgl. zu diesen Ausführungen Sonja Enders: Wie öffentlich ist das Jugendamt? Befunde explorativer Studien zur Medienpräsenz im Fall Kevin und der Öffentlichkeitsarbeit in Jugendämtern. In: ZKJ – Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe, Köln; Nr. 12 in 2008, Seite 494 bis 499.)

III. Ambivalenz der Kinderschutzdebatte

Die Namen getöteter Kinder in verschiedenen Städten Deutschlands werden zum Zeitzeugnis. Entsprechende Fallzahlen blieben dennoch über die Jahre hinweg im Verhältnis zur Gesamtzahl von Tötungsdelikten eher gering und konstant, jährlich werden etwa bis zu 40 Kinder unter 6 Jahren und bis zu 100 Kinder zwischen 6 und 15 Jahren von Eltern oder deren Partnern getötet. Das sind bis zu 3 Kindstötungen in einer Woche. Der Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik hat vor einigen Jahren für das letzte Viertel des letzten Jahrhunderts festgestellt, dass die Zahl der getöteten Kinder um mehr als die Hälfte gesunken war.

Die Kindstötung begegnet aber heute einer nie dagewesenen Medienpräsenz und empfindlichster Aufmerksamkeit wie Wahrnehmung durch die Bevölkerung und die Fachwelt. Auch vor einem solchen Hintergrund müssen die unterschiedlichen Zugänge und Sichtweisen von Politik, medialer Öffentlichkeit einschließlich Bürgerinnen und Bürgern, von Eltern und Kindern sowie von Professionellen in den Sozialen Diensten sowie der Ärzteschaft und anderen Institutionen eingeschätzt werden. Der jeweils spezifische und oft von bestimmten Interessen geprägte Zugang unterscheidet sich sicher-

lich noch einmal von dem der an einer Kindesmisshandlung als Fachkräfte beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und natürlich von der Erfahrung und dem Leiden eines Kindes und seiner Eltern. All die hier aktiven Institutionen und Personen haben ihre eigenen Interessen, Vorurteile, Deutungen und Wissens- oder Erinnerungslücken. Gleichzeitig kann man in diesem Kontext eine neue Aufmerksamkeit für die „Ressource Kind“ analysieren: So gewinnt die These an Plausibilität, wonach eine neue Definition von (vermehrter) Hilfebedürftigkeit nach den spektakulären Fällen von Kindeswohlgefährdung mit den daraus begründeten (neuen) Verfahren zum Kinderschutz gerade als Folge eines aktuellen gesellschaftspolitischen Interesses an einer umfassenden Förderung von Kindern und Familien („Investition in Humankapital“) anzusehen ist.

In einem Dreiklang von Fördern – Fordern – Kontrollieren wird ein vielgestaltiger Ausbau staatlicher Sozialleistungen (für Kinder) betrieben. In dessen Logik liegen auch ein vermehrtes Angebot und die entsprechende Inanspruchnahme von Erziehungshilfen. Gleichzeitig wird mit immer neuen Kontrollmechanismen gegenüber Familien und Kindern von einer gesellschaftlichen Verantwortung – von den Bedingungen für das „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ – vorsätzlich und fahrlässig abgelenkt: Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit, mangelhafte Kinderbetreuung, unzureichende Integrationsangebote, schlechte Schulen, fehlende Berufsausbildungsplätze, schlechte Wohnungen und hohe Mieten – all das ist nicht individuell verschuldet! Eine gerechte solidarische Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der kollektiv produziert wurde, ist zumindest eine wesentliche Rahmenbedingung für gedeihliche Bedingungen für ein Gelingen des Aufwachsens der Kinder. Zur Wahrnehmung des staatlichen Wächteramts der Kinder- und Jugendhilfe im Zusammenhang mit dem Kinderschutz gehört zunächst die Ausbildung, Fortbildung, Anleitung und Unterstützung für die Mitarbeiterschaft – also

im Ergebnis ihre umfassende Professionalität. Gleichermaßen müssen insbesondere Vorgesetzte durch entsprechende Organisationsstrukturen, Ablaufregeln und Dienstweisungen sicherstellen, dass die fachlich angemessene Arbeitsweise und die Reaktion in besonderen Problemlagen durch entsprechende Strukturen auch tatsächlich unterstützt und nicht eher gehemmt werden.

IV. Der NDR berichtet

Die Redaktion von „NDR 90,3“ berichtete am 15. Januar 2013 anlässlich des ersten Todestages von Chantal in Hamburg über die Situation im Jugendamt Wilhelmsburg (Regionalabteilung des Jugendamtes Hamburg-Mitte). Der Radiobeitrag beinhaltet auch Gesprächssequenzen mit zwei Fachkräften vom ASD in Wilhelmsburg. Die Mitarbeiterinnen problematisieren die Herausforderungen ihres „Handelns in Unsicherheit“ und machen gleichzeitig deutlich, wie man sich vor Ort mittels Personalakquise, Fortbildung und Supervision, Teamentwicklung und Organisationsentwicklung auf den Weg gemacht hat, der medialen Kritik eine fachliche Qualifizierung entgegenzusetzen.

V. Einzelfälle in den Medien und die Resonanz in der Fallarbeit des ASD

1. Die scheinbare Gewissheit der Schlagzeilen

Die Medien verbreiten – formaljuristisch in der Regel korrekt formuliert – einen Blick auf den je aktuellen Sachstand, der Entwicklungslinien, Differenzierungen und Ungewissheiten ausblendet. Sichtweisen Einzelner – Betroffener oder irgendwie Beteiligter, gerne der selbsternannten Experten oder auch der jeweiligen Oppositionspolitiker – werden vorschnell als Erklärungsmuster angeboten. Fahrlässig und für das fachliche Anliegen schädlich ist die Behauptung von kausalen Zusammenhängen, die so niemals beweisbar sind oder sich nach sachlicher Aufklärung sogar als falsch erweisen. Die „Unschuldsvermutung“ wird grob vernachlässigt, falsche Schuldzuschreibungen erzeugen langfristige nicht wieder auflös-

bare Wirkungen, politische und fachliche Reaktionen werden in eine falsche, professionell schädliche Richtung gedrängt.

So lese man die Entscheidung des Landgerichts Hamburg vom 6.04.2013 über die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Pflegeeltern von Chantal; hier werden öffentliche Gewissheiten zu den Vorwürfen gegen Pflegeeltern und Soziale Dienste aus dem Vorjahr juristisch völlig anders bewertet: Die Ermittlungen hätten keine ausreichenden Indizien dafür ergeben, dass die Pflegeeltern die Methadontabletten gemeinschaftlich und im gegenseitigen Einverständnis ungesichert in der Wohnung gelagert hätten. Die Pflegeeltern sind nach Ansicht der Kammer der Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht nicht hinreichend verdächtig. Der unordentliche Zustand der Wohnung könne nicht die erforderliche gröbliche Verletzung der Fürsorgepflicht begründen, zumal keine in hygienischer Sicht bedenklichen Verhältnisse geherrscht hätten. Der Vorwurf, Chantal habe sich ein Hochbett mit Pflegegeschwistern teilen müssen, sei nicht mit der erforderlichen hinreichenden Wahrscheinlichkeit zu beweisen.

2. Der Aufklärungsanspruch der Parteipolitik

Eine öffentlich skandalisierende Berichterstattung liefert scheinbar immer die Vorlage, im Namen der erforderlichen Sachaufklärung Fragen, Thesen und Meinungen zu bündeln und formal als Anfrage an das fachlich gebotene und rechtlich zu fordernde Handeln von Sozialen Diensten und Fachkräften zu richten. Objektiv dient diese Form der publikumswirksamen Sachaufklärung immer auch dem Angriff auf den politischen Gegner. Ein Austausch mit den beteiligten Fachdiensten zur Verständigung über die realen Zusammenhänge und vor allem zur Ableitung wirkungsvoller Konsequenzen wird kaum gesucht. Ein sachliches Verhältnis von Verwaltung und Jugendpolitik im Jugendhilfeausschuss ermöglicht dort eher einen konsensualen

Austausch über Parteigrenzen hinweg. Das Ansinnen zur Erörterung von Einzelfällen außerhalb des JHA ist im Hinblick auf den fachlich und rechtlich gebotenen Sozialdatenschutz in der Regel zurückzuweisen, was von Parteipolitikern und -politikerinnen allerdings oft nicht respektiert wird.

3. Die reale Belastung der Fachkräfte im ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst)

Die fachlichen Standards und gesetzlichen Anforderungen für die Arbeit im ASD wurden in den letzten Jahren fortwährend ausgeweitet. Die öffentliche Definition von Kindeswohlgefährdungen hat zu einem Anstieg an entsprechenden Meldungen geführt. Die Dokumentationspflichten und die Kontrolldichte – durch technische Methoden, Formulare und Verfahren, Vorgesetzte, neue Instanzen/Institutionen, Gremien und Politik – wurden ausgeweitet und verdichtet. Ein öffentlicher Konsens im Sinne eines Grundvertrauens in das fachlich verlässliche Engagement des ASD wird zumindest immer wieder öffentlichkeitswirksam in Frage gestellt. Gleichzeitig gibt es sehr häufig komplizierte und komplexe Fallkonstellationen, die die besonderen Herausforderungen eines Handelns in Unsicherheiten verdeutlichen. Personalentwicklung, Personalfürsorge und Teamentwicklung können dieser Entwicklung der realen Belastung der Fachkräfte kaum Rechnung tragen. Die mediale Aufarbeitung von Einzelfällen bindet zusätzlich enorme Arbeitskapazitäten für die Berichterstattung sowie den psychosozialen Prozess der internen Bewältigung von Vorwürfen einerseits und Bearbeitungsstrategien zur Sicherung des Kindeswohls andererseits. Die öffentliche Resonanz in Einzelfällen darf unser professionelles Handeln nicht präjudizieren – weder im Einzelfall, noch als Handlungsmodell.

4. Die Bedrohung der Fachlichkeit

Der Einfluss der Medien auf die Aufarbeitung von Einzelfällen im Kinderschutz bedroht die Sicherung und Weiterentwicklung der Fachlichkeit, wenn und soweit populäre

und politisch favorisierte Lösungsstrategien aus der öffentlich vermittelbaren Analyse eben des Einzelfalls abgeleitet werden – und als fachliches oder gar gesetzlich normiertes neues Arrangement für die Zukunft handlungsleitend sein soll. „Gut gemeint“ ist dann oft nicht „gut gemacht“: Wenn die Vertrauen aufbauende Zusammenarbeit im Kinderschutz durch Kontrollen ersetzt werden soll, wird Kooperation zwischen Sozialen Diensten und Fachkräften und diversen zu beteiligenden Einrichtungen und Institutionen sowie die Zusammenarbeit all dieser möglichen Unterstützer mit den Familien gefährdet.

Ein wirkungsvolles Hilfesetting im Kinderschutz wird bedroht, wenn die mediale Aufarbeitung von Einzelfällen das unvermeidliche „Handeln in Unsicherheit“ als professionellen Prozess des notwendigen Aushandelns im Rahmen fachlicher Standards unmöglich macht. Dies bezieht sich auf die öffentliche und politische Propagierung von bestimmten Handlungsprogrammen. Dies bezieht sich auf die Blockade fachlicher Ressourcen, die für einen nicht vorgesehenen Prozess der Öffentlichkeitsarbeit in Anspruch genommen werden. Und dies bezieht sich auf die Instrumentalisierung der medialen Berichterstattung durch Betroffene, Beteiligte und Politik, indem das Handeln der Fachkräfte durch eine Veröffentlichung beeinflusst werden soll. Eine solche mediale Debatte wird dann auch schon mal zur nicht öffentlichen Bedrohung einzelner Fachkräfte im Gespräch oder anonym im Internet genutzt.

Jenseits der Tagesaktualität finden Presse, Fernsehen und Rundfunk allerdings auch immer wieder Gelegenheiten und Zeiten für eine gründliche Recherche und differenzierte Darstellung von Einzelfällen durch engagierte Journalistinnen und Journalisten. Diese Aufarbeitung fördert die Fachlichkeit in mindestens doppelter Hinsicht:

- Die kritische Reflektion des Einzelfalls durch Außenstehende und deren Anfrage gerade ohne professionelle Voreingenommenheit ermöglicht manchmal

einen nachträglichen, neuen Blick auf einen schwierigen Fall, eventuelle Fehler und mögliche Handlungsalternativen im bereits rückblickend zu analysierenden Fallverlauf.

- Die differenzierte Analyse eines Einzelfalls erfolgt häufig im Rahmen einer Darstellung des komplexeren Handlungsauftrags des Jugendamtes insgesamt sowie unter Würdigung der fachlichen, personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen.

5. Der Bezirk Hamburg-Mitte strebt das beste Jugendamt der Stadt an

Im Nachgang zur breiten öffentlichen Berichterstattung zu mindestens 4 Einzelfällen im Jahr 2012 ergaben sich durch Engagement, Zufall und einen umfassenden Prozess der Organisationsentwicklung seit Jahresbeginn 2013 mehrere Gelegenheiten für eine konstruktive Darstellung der Arbeit des Jugendamtes. Drei örtliche Printmedien verbinden einen Rückblick auf den tragischen Tod Chantals mit einer Würdigung der Herausforderungen im Kinderschutz und einem positiven Ausblick auf die neuen Ansätze sowohl der Organisationsentwicklung im Bezirk als auch der Qualitätsentwicklung in der Gesamtstadt. Eine ähnliche Verknüpfung mit dem zusätzlichen Thema „Pflegekinder“ ist Inhalt eines einstündigen Radiofeatures im NDR im Juni. Und im Sommer gibt es bei ARTE einen Themenabend zum Pflegekinderwesen sowie zur Arbeit des Jugendamtes; die Strategien in Hamburg-Mitte dienen dabei zur Illustration des Handelns in deutschen Jugendämtern.

„- Sie ahnen es: Gestern standen wir vor dem Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter.“

- Und: Der nächste Einzelfall kommt bestimmt.“

(Zu: „Hilfen und Hinweise im Umgang mit Medien/Krisenmanagement“ vgl. Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Hrsg.: Das Jugendamt im Spiegel der Medien. Materialien zur Fachtagung am 23. und 24.04.2009; Berlin.)

VI. Statt eines Schlusswortes

Pressefreiheit

Donnerstag

Der Wecker weckt, wie üblich, um sieben.

Du hast dir den Schlaf aus den Augen gerieben
und gehst dich waschen, vielleicht sogar baden,
auch eine Rasur kann heute nichts schaden.
Du ziehst dich, leis trällernd, sorgfältig an
und schreitest hinunter, ganz Vater, ganz Mann!
Begrüßt deine Frau, deren Sohn, dessen Schwestern –
du kennst sie ja schließlich noch alle von gestern –
und so nehmt ihr denn Platz an dem Frühstückstisch.

Der Kaffee ist warm, die Brötchen frisch.
Das Ei ist weich. – Du schmierst dir gerade
aufs Brötchen erst Butter, dann Marmelade,
da fällt – unter des Sehnervs bewährter Leitung –
dein Blick auf die heutige Morgenzeitung
und liest eine Schlagzeile so wie diese:

*Ein neuer Weltkrieg droht!
Es kommt eine Krise!!!*

Kaum hast du das in dich aufgenommen,
schon ist der Kaffee dir hoch gekommen!
Das Brötchen bleibt dir im Halse stecken,
und das Ei will nun auch nicht mehr richtig schmecken!
Dein gütiges Vaterlächeln ist jäh erstorben –
kurzum, deine Laune ist gründlich verdorben!

So schleichst du denn, deprimiert und nicht froh,
in dein Büro.

Freitag

Der Wecker weckt, wie üblich, um sieben.
Er hat dich recht roh aus dem Bette getrieben.
Du wäscht dich nur flüchtig und nur, wo es wichtig,
und du rasierst dich auch gar nicht so richtig.

Du nimmst am Frühstückstisch Platz in Begleitung
deiner Familie und greifst schon nach der Zeitung!
Du überfliegst die erste Seite – und suchst
dann auf der zweiten Seite und fluchst,
weil auch auf der dritten und vierten nichts steht,
wie es mit der Krise denn weitergeht!

Endlich, auf der letzten Seite, ganz hinten,
ganz klein gedruckt und kaum noch zu finden,
liest du dann eine Notiz so wie diese:

*Es kann keine Rede sein von einer Krise!
Auch sonst sind keine Gefahren vorhanden,
wir hatten die Nachricht bloß missverstanden
und bitten die Leser, die immer geduldigen,
auch diesmal die Falschmeldung zu entschuldigen!*

Nur zögernd glätten sich deine Falten - - -.
Du trinkst den Kaffee, den inzwischen kalten,
dann nimmst du den Löffel und schlägst deinem Ei
fast zärtlich die kalkige Schale entzwei.
Dann greifst du zum Brötchen und schließlich zur Butter –
dasselbe tun die Kinder, die Mutter –
und allmählich zieht im trauten Verein
nun auch der innere Frieden ein.

Die Familie ist glücklich. Du bist es wie sie –
bis morgen früh (?) ...

(Heinz Erhardt: Das große Heinz Erhardt Buch.
Fackelträger-Verlag Schmidt-Küster, Hannover 1970; S. 298 – 299)

Peter Marquard ist ein Kind der Jugendverbandsarbeit der 1970er und 80er Jahre – Sportjugend und SJD-Die Falken. Nach dem Stadtjugendring in Bielefeld und der Referententätigkeit für einen Bundestagsabgeordneten kam er zur Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) und lernte Größe und Größen aus Profession und Disziplin kennen – und schätzen. Seit 1995 leitet er Sozial- und Jugendämter in Schwerin, Freiburg, Bremen und nun das Jugendamt im Bezirk Hamburg-Mitte.

2002 gehörte er zur Kommission des Elften Kinder- und Jugendberichts; 2004 promovierte er bei Hans-Uwe Otto.

Details über Leben und Arbeit findet man unter: www.peter-marquard.de.





Bacchusbrunnen von Waldemar Otto, Worpswede